Mittwoch, 10. März 2021, 16:00 Uhr
~3 Minuten Lesezeit

Der Etikettenschwindel

Politiker, die vorher nicht für ihre brillante Gesundheitspolitik bekannt waren, nutzen den Coronaschock, um einen drohenden Finanzcrash zu verhindern.

von Ernst Wolff
Foto: Kaspars Grinvalds/Shutterstock.com

„Es hatte bisher keinerlei Erfolg – also machen wir weiter so!“ Dies scheint das Motto der Akteure der weltweiten Lockdowns zu sein. Sie haben auf den Gebieten Demokratie, psychosoziale Gesundheit und

Wirtschaft eigentlich verbrannte Erde hinterlassen, haben Millionen von Menschen in die Armut und teilweise in den Tod getrieben. Dennoch scheint die dringendste Sorge der Mächtigen „leichtsinnigen" Lockerungen zu gelten. Wer die Angelegenheit so betrachtet, stößt aber wahrscheinlich nicht zur Kernfrage vor. Aus anderer Perspektive war das Corona-Theater durchaus erfolgreich: für die Finanzmärkte, die sich mit seiner Hilfe angesichts eines drohenden Zusammenbruchs noch einmal über die Runden gerettet haben. Und für die Superreichen, für die das Leid der Menschen der Strom war, mit dem sie ihre Gelddruckmaschinen angetrieben haben.

Fast alle Regierungen der Welt haben im vergangenen Jahr Maßnahmen ergriffen, die ihren Aussagen zufolge die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus verhindern sollten. Keine einzige von ihnen hat damit den gewünschten Erfolg erzielt. Dafür haben die Maßnahmen weitreichende wirtschaftliche Folgen gehabt.

Sie haben die schärfste Rezession der Neuzeit erzeugt, große Teile des Mittelstands ruiniert und Millionen von Jobs dauerhaft vernichtet. Sie haben die Staats- und Unternehmensschulden auf Rekordwerte getrieben. Sie haben die Finanzmärkte endgültig von der Realwirtschaft entkoppelt, den größten Vermögens- und Machtzuwachs der Digitalkonzerne und der Vermögensverwaltungen bewirkt und 3,9 Billionen Dollar in die Taschen der reichsten Menschen der Welt gespült.

Vor allem aber haben sie 2020 zu dem Jahr gemacht, in dem die soziale Ungleichheit nicht nur innerhalb von Landesgrenzen,

sondern auch zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungs- und Schwellenländern explodiert ist.

Laut der International Labor Organisation (ILO) ist auf Grund der Pandemie-Maßnahmen der Lebensstandard von 1,6 Milliarden Menschen in Afrika, Asien und Südamerika gesenkt worden. Mehrere hundert Millionen Menschen sind aus ungeregelten Arbeitsverhältnissen entlassen worden, die Zahl der in Armut lebenden Menschen hat sich laut Oxfam seit März 2020 um 200 bis 500 Millionen erhöht. Die Zahl der akut an Hunger leidenden Menschen hat in derselben Zeit um 130 Millionen zugenommen.

Fast alle diese Maßnahmen sind von Politikern getroffen wurden, die nicht dafür bekannt waren, sich in besonderer Weise für die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung einzusetzen. Im Gegenteil, die meisten von ihnen haben, wie zum Beispiel in der Eurokrise, aktiv dazu beigetragen, Gesundheitssysteme abzubauen und die medizinische Versorgung der Menschen einzuschränken und zu verschlechtern. Daher liegt die Vermutung nahe, dass es im Hintergrund eine andere Agenda als den gesundheitlichen Schutz der Allgemeinheit gegeben hat.

Tatsächlich gibt es dafür deutliche Hinweise, unter denen einer besonders hervorsticht.

Die Weltwirtschaft stand im März 2020 vor einer schweren Rezession, die auch die Finanzmärkte bedrohte. Diese waren nach der längsten Rallye ihrer Geschichte so groß geworden, dass ihr Zusammenbruch Großinvestoren historische Verluste beschert und das gesamte Kartenhaus der Weltwirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Einsturz gebracht hätte.

Für die Politik schuf das ein Problem, denn zur Verhinderung des Einsturzes wurden erheblich höhere Rettungssummen als beim Beinahe-Crash von 2007/08 oder in der Eurokrise benötigt. Da die

Mehrheit der Menschen inzwischen jedoch gemerkt hat, dass dieses Geld nicht bei den Normalverdienern ankommt, sondern in die Taschen der Wohlhabenden fließt, war mit erheblichem sozialem Widerstand zu rechnen.

Diesen Widerstand hat man unterlaufen, indem man den absichtlich herbeigeführten Wirtschaftsstillstand mit einem gewaltigen Medienaufwand zum „Corona-Crash“ deklariert, die Geldschwemme als „Corona-Hilfszahlungen“ ausgegeben und soziale Proteste unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes durch die Einschränkung der Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit verhindert hat.

Ohne die Krankheit und ihre Gefährlichkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen kleinreden oder unterschätzen zu wollen: Bei dieser Etikettierung handelt es sich um eine vorsätzliche Täuschung der internationalen Öffentlichkeit durch eine Einheitsfront aus Politik, Mainstream-Medien und ihnen ergebenen Wissenschaftlern.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „**Covid 19 – ein historischer Etikettenschwindel** (https://keinzustand.at/ernst-wolff/covid-19-ein-historischer-etikettenschwindel/)“ auf **keinzustand.at** (https://keinzustand.at/).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Ernst Wolff, Jahrgang 1950, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, unter anderem als Dolmetscher und Drehbuchautor. Seit den politischen Umwälzungen von 1968 beschäftigt er sich vor allem mit den Themen Politik und Wirtschaft. Wegen der durch die Deregulierung herbeigeführten weltweiten Finanzialisierung konzentriert er sich seit Jahren auf den in seinen Augen wichtigsten Bereich der globalen Gesellschaft: den Finanzsektor. Wolff lebt als freier Journalist in Berlin, schreibt regelmäßig zu aktuellen Themen und hält weltweit Vorträge, die das aktuelle Tagesgeschehen vor seinen finanzpolitischen Hintergründen beleuchten. Er ist Autor des Buches „Weltmacht IWF – Chronik eines Raubzugs“ und einer der Autoren des Buches „Fassadendemokratie und tiefer Staat“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.